



Zum Neujahrsempfang des Landtages und der Landesregierung am 23.01.2008 überreichte Kerstin Kaiser symbolisch eine Hängematte, die auf verschiedene „Hängepartien“ der Landesregierung hinweist sowie diese Karikatur von Harald Kretzschmar.

Kein Sozialticket: Koalition lässt Bedürftige im Regen stehen

Mehr als 32.000 Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrer Unterschrift die Forderung nach einem Sozialticket in Brandenburg unterstützt. Damit schaffte die Volksinitiative zum Sozialticket den Sprung ins Parlament. Nach Anhörung der Initiatoren im Verkehrsausschuss und Diskussionen in weiteren Ausschüssen wurde die Volksinitiative jedoch im Landtag von den Abgeordneten der SPD und der CDU abgelehnt. Auch ein Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE, mit dem die Landesregierung zur Einführung des Sozialtickets aufgefordert werden sollte und der die Finanzierung des Tickets (ca. 5 Mio. Euro) aus dem Haushaltsvollzug des Infrastrukturministeriums regelte, wurde von der Koalition abgewiesen. Damit ist die Volksinitiative zum Sozialticket im Landtag gescheitert. Die Einführung von Sozialtickets in Verantwortung der Landkreise und kreisfreien Städte - so

wie die Koalition es vorschlägt - ist eine lokal sinnvolle Sache, führt aber zu einer Ungleichbehandlung der Betroffenen im Land. Die Mehrzahl der Kreise wird aufgrund der finanziellen Situation nicht in der Lage sein, ein Sozialticket anbieten zu können. Zudem ist die Landesregierung der Ansicht, dass der im Regelsatz des Arbeitslosengeldes II enthaltene Betrag für die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln in Höhe von 11,04 Euro pro Monat „bedarfsgerecht“ sei. Diese Argumentation ist eine Zumutung für die Betroffenen. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit lassen sich nur durch eine landesweite Regelung für ein Sozialticket herstellen.

Einer emnid-Umfrage zufolge gibt es aus den Reihen der Brandenburger Bevölkerung mit 76% eine breite Unterstützung für das Sozialticket. Die Initiatoren der Volksinitiative sehen deshalb Chancen, das Sozialticket zum Volksbegehren zu führen. Für ein erfolgreiches Volksbegehren müssen sich 80.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger innerhalb von 4 Monaten in amtlich ausgelegte Listen eintragen.

Anita Tack,
verkehrspolitische Sprecherin



Europa leben



Besonderheit dieser beiden Landtagssitzungen: Beide Aktuellen Stunden waren europapolitischen Themen gewidmet - nach der Öffnung des Schengen-Raumes Ende vergangenen

Jahres. Stand am ersten Tag die unmittelbaren Folgen der Grenzöffnung und die Sicherheitslage zur Debatte, so ging es in der von der LINKEN beantragten Debatte um die vor zwei Jahren auf einer gemeinsamen deutsch-polnischen Wirtschaftskonferenz geborene Oder-Partnerschaft. Und damit um politische Gestaltung. Die demokratischen Fraktionen waren sich einig: Nach der schwierigen Geschichte kann nur ein gemeinsamer Anlauf Deutsche und Polen zu einem Miteinander führen. Und das ist auch heute nicht immer einfach. Noch immer stehen wir ziemlich am Anfang. Der Ministerpräsident war da zufriedener. Doch im Anliegen gab es auch Übereinstimmendes. LINKE Akzente der Debatte: Über Wirtschaftspolitik hinaus denken, sie mit Arbeitsmarkt-, Forschungs- und Technologiepolitik verbinden. Unternehmensverflechtungen jenseits von Billiglohn-Strategien und ein tragfähiges Netzwerk von Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen könnten Arbeitsmarktprobleme lösen und Fachkräftemangel überwinden helfen. Nötig ist auch eine verbesserte Infrastruktur. Schienenwege haben Priorität gegenüber Straßen. Und: Die Oder-Neiße-Region ist auch ein Lebens-, ein Erlebnisraum. Polnische und deutsche Geschichte, Kunst und Literatur überall - daraus kann eine regelrechte regionale Identität erwachsen. Dazu brauchen wir spezielle, auf diesen Raum bezogene Bildungsangebote. Lehrpläne, Schulbücher und Schüleraustausch sind noch lange nicht auf der Höhe der Zeit. Diese Defizite sollten wir gemeinsam mit Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und den Partnerwoiwodschaften überwinden.

Kerstin Kaiser,
Fraktionsvorsitzende

Keine Funktionalreform?

„Es gibt derzeit keinen Handlungsbedarf für eine Funktionalreform.“ (Abgeordneter Schippel, SPD, in der Debatte) Trotz des hartnäckigen Einsatzes der LINKEN für die Weiterführung der Funktionalreform zur Stärkung der Kommunen, hat die Landesregierung ihre Blockadehaltung beibehalten. Jetzt bestätigt der Zwischenbericht der dafür eingesetzten interministeriellen Arbeitsgruppe, dass die bisherigen Ergebnisse völlig unbefriedigend sind. Anstatt eine systematische Erfassung und gründliche Prüfung der vom Land auf die Kommunen und von den Landkreisen auf die Gemeinden übertragbaren Aufgaben vorzunehmen,

hat sich die Arbeitsgruppe seit 2004 auf die zähe Diskussion eher zufälliger Vorschläge der Kommunen beschränkt. Es ist absehbar, dass damit nicht die notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung der Funktionalreform in der nächsten Legislaturperiode geschaffen werden können. Um den notwendigen Prozess tatsächlich voranzutreiben, fordert DIE LINKE eine Ausweitung und Intensivierung der Arbeitsgruppe. Dazu gehört, dass das Parlament durch Vertreter der Fraktionen unmittelbar einbezogen wird.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
innenpolitischer Sprecher*

Jugendstrafrecht nicht verschärfen!

Mit diesem Antrag wollte DIE LINKE eine Versachlichung der hysterischen Wahlkampfdebatte um die Jugendkriminalität erreichen. Diese Forderungen erscheinen umso unverständlicher, wenn sich die Jugendkriminalität in Brandenburg nicht wirklich erhöht hat. Aufgrund schlimmer Ausnahmefälle darf keine generell verschärfte Jugendstrafrechtspolitik für alle begründet werden. Experten lehnen diese alle Jahre vorgetragenen Verschärfungsvorschläge ab. Auch der so genannte Warnschussarrest zeigt keine positive Wirkung. Das geltende Recht bietet nach Auffassung der LINKEN hinreichende Möglichkeiten um angemessen auf die Straftaten junger Menschen zu reagieren. Dazu muss

der Rechtsstaat mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Schärfere Gesetze laufen ins Leere, wenn bei Justiz und Jugendhilfe gespart wird. Deshalb hat die Landtagsfraktion DIE LINKE beantragt, die Kriminalpolitik des Landes der letzten Jahre auszuwerten. Erst wenn man weiß, wie sich Stellen- und Mittelkürzungen in der Jugend- und Sozialarbeit ausgewirkt haben, kann man bestimmen, wie junge Menschen positiv beeinflusst werden, um straffrei zu leben. Das ist die wirkliche Herausforderung und der sollte man sich stellen. Die Koalition war dazu nicht bereit.

*Stefan Sarrach,
rechtspolitischer Sprecher*

Menschen auf Europa aufmerksam machen



finde seine Sympathie, sagte Klaus Bochow (SPD) im Landtag. Dem Antrag der LINKEN für ein Referendum zum EU-

Reformvertrag wollte er dennoch nicht zustimmen. Die Gründe sind alt bekannt: Die Bürger hätten schon beim Verfassungsvertrag kaum Interesse gezeigt. Für solcherlei Grundgesetz-Änderungen brauche man Zeit

Die Entstehung des Reformvertrages hinter verschlossenen Türen in den letzten Monaten belegte erneut: Die EU ist eine „Veranstaltung“ von Eliten. Auch das neueste Eurobarometer bestätigt das: 69 % der Ostdeutschen meinen, ihre Stimme zähle in der EU nichts. Ein „Europa der

Bürgerinnen und Bürger“ zu schaffen, bedeutet für uns LINKE deshalb: Dem Einzelnen müssen mehr Möglichkeiten für die Mitwirkung an der europäischen Politik gegeben werden. Es geht nicht nur um die Information über Entscheidungen, die in Brüssel oder Berlin bereits getroffen wurden. Mehr Partizipation, mehr Einfluss auf die Entscheidungen lautet die Forderung. Nur dann werden Menschen die EU als etwas begreifen, was für ihr Leben wichtig ist. Und dann wird auch die Beteiligung in Brandenburg bei Europawahlen spürbar über den 26,9 % von 2004 liegen.

*Gerlinde Stobrawa,
Europapolitische Sprecherin*

http://die-linke.de/politik/international/europa_mitbestimmen_referendum_jetzt/

Inakzeptabler Bericht der Landesregierung

Im Schuljahr 2011/2012 wird es in Brandenburg auf Grund der Schulzeitverkürzung zwei Abiturjahrgänge geben. Die sich daraus ergebenden Probleme und Vorschläge zu deren Lösung sollten Gegenstand des Berichtes der Landesregierung „**Doppelter Abiturjahrgang - Chancen frühzeitig nutzen**“ sein. Leider ist der Bericht nicht mehr als eine Beruhigungsspiel. Er suggeriert, dass die Landesregierung alles im Griff hat und für alles vorsorgt. Wie das im Detail passieren soll, bleibt völlig offen. Es gibt keine überzeugende Antworten, nicht einmal die tatsächlichen Problemlagen werden benannt.

Der einzige rettende Anker scheint für die Landesregierung in den sinkenden Schülerzahlen zu liegen. Sie sollen dafür sorgen, dass mit dem doppelten Abiturjahrgang keine nennenswerten Probleme bestehen. Doch das ist viel zu kurz gegriffen, zumal in Berlin in dem gleichen Jahr ebenfalls zwei Jahrgänge, d.h. fast 20.000 Schüler das Abitur machen. Es fehlt schon bei einem einfachen Abiturjahrgang an Ausbildungsplätzen, die Hörsäle und Seminarräume an den Universitäten und Hochschulen sind schon jetzt überfüllt, Studenten können schon jetzt oft nicht in der Regelstudienzeit ihr Studium auf Grund der vorherrschenden Rahmenbedingungen beenden. Es werden die nötigen Kapazitäten gebraucht – personell und finanziell. Doch all das findet sich im Bericht nicht wieder.

*Gerrit Große,
bildungspolitische Sprecherin*



Helga Böhnisch und weitere Abgeordnete unserer Fraktion nahmen teil an der Fotoaktion im Landtag: „Frauen gegen Gewalt“.